

1811

Stenographisches Protokoll.

176. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich.

Freitag, den 20. Mai 1932.

Inhalt.

Personalien: Abwesenheitsanzeigen (1811) — Urlaub (1811).

Nationalrat: Mitteilung des Bundeskanzlers über die Einberufung des Nationalrates zur Frühjahrstagung (1811).

Bundesregierung: Zuschrift des Bundeskanzlers, betr. die Enthebung der Bundesregierung vom Amte und ihre Betrauung mit der Fortführung der Geschäfte (1811).

Zuschrift der Bundesregierung: Mitteilung des Bundeskanzleramtes über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates, womit der Nationalrat vor Ablauf der Gesetzgebungsperiode aufgelöst wird (1811).

Verhandlung: Mündlicher Bericht, betr. den Gesetzesbeschluß, womit der Nationalrat vor Ablauf der Gesetzgebungsperiode aufgelöst wird — Berichterstatter Dr. Schneider (1811), Klimann (1812), Ing. Tanzmeister (1812), Emmerling (1814) — Kein Einspruch (1816).

Eingebracht wurde:

Anfrage: Brandeis, Körner, Bundesregierung, betr. die Verwaltung der zugunsten der Invaliden, Witwen und Waisen in der vormaligen österreichisch-ungarischen Monarchie bestehenden Fonds (75/I).

Vorsitzender Dr. **Mehrl** eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 5 Min. mittags und erklärt das Protokoll über die Sitzung vom 26. Februar als genehmigt.

Entschuldigt sind Dr. Ender, Strunz und Döttling.

Dr. Fugelmann erhielt einen Urlaub vom 11. bis 23. Mai.

Es sind folgende Zuschriften eingelangt:

„An den Herrn Vorsitzenden des Bundesrates.“

Der Herr Bundespräsident hat mit Entschliebung vom 9. April 1932 gemäß Artikel 28, Absatz 1, des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 den Nationalrat für Freitag, den 15. April 1932, zur Frühjahrstagung einberufen.

9. April 1932.

Buresch.“

„An den Herrn Vorsitzenden des Bundesrates.“

Der Herr Bundespräsident hat mit dem an mich gerichteten Schreiben vom 6. Mai 1932 die Bundesregierung auf Grund der überreichten Demission gemäß Artikel 74, Absatz 3, des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 vom Amte enthoben.

Gleichzeitig hat der Herr Bundespräsident gemäß Artikel 71 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 mich und die übrigen Mitglieder der Bundesregierung mit der Fortführung der bisher innegehabten Ämter und mich mit dem Voritz in der einstweiligen Bundesregierung betraut. Sieben beehere ich mich, die Mitteilung zu machen.

6. Mai 1932.

Buresch e. h.“

Diese Mitteilungen dienen zur Kenntnis.

Das Bundeskanzleramt teilt den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 12. Mai 1932, womit der Nationalrat vor Ablauf der Gesetzgebungsperiode aufgelöst wird, mit.

Vorsitzender: Diese Vorlage habe ich gemäß § 29 der Geschäftsordnung dem Ausschusse für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten zugewiesen, der darüber Vorberatung gepflogen und einen Berichterstatter für den Bundesrat bestellt hat.

Ich beantrage, daß dieser Gesetzesbeschluß bei Umgangnahme von einem schriftlichen Ausschußbericht auf Grund mündlicher Berichterstattung sofort in Verhandlung genommen wird.

Dieser Antrag wird, nachdem der Vorsitzende die Beschlußfähigkeit des Bundesrates festgestellt hatte, mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Es wird zur Tagesordnung übergegangen. Zur Verhandlung gelangt der Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 12. Mai 1932, womit der Nationalrat vor Ablauf der Gesetzgebungsperiode aufgelöst wird.

Berichterstatter Dr. **Schneider:** Hoher Bundesrat! Dem Hause liegt der Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 12. Mai 1932 zur Behandlung vor. Dieses Gesetz beinhaltet im ersten Paragraphen die Bestimmung, daß der Nationalrat gemäß Artikel 29, Absatz 2, des Bundes-Verfassungsgesetzes vor Ablauf der Gesetzgebungsperiode aufgelöst werden soll. Im zweiten Absatz des ersten Paragraphen wird bestimmt, daß der Nationalrat zu Beginn der Herbsttagung den Wahltag festsetzen soll. Der § 2 des Gesetzes betrifft die Bestimmungen über Rundmachung und Vollziehung des Gesetzes.

Dieses vom Nationalrat beschlossene Gesetz kommt zu uns aus einem rein formaljuristischen Grunde, und zwar deshalb, weil in diesem Gesetze eine Änderung der Wahlordnung zum Nationalrat vorgesehen ist.

1812

176. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich am 20. Mai 1932.

Ich halte nun dafür, daß der meritorische Teil des Gesetzes unser Haus eigentlich nicht berührt. Denn es ist meiner Meinung nach vollständig freier Wille und eigenes Recht des Nationalrates, sich vorzeitig aufzulösen. Ich habe daher meritorisch zu diesem Gesetze nichts zu bemerken und möchte noch einmal betonen, daß es lediglich aus einem formalen Grunde bei uns zur Beratung gelangt und von uns verabschiedet werden soll.

In diesem Sinne stelle ich im Auftrage des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten den Antrag, gegen dieses Gesetz keinen Einspruch zu erheben.

Altman: Hoher Bundesrat! Wir haben es mit dem Antrag auf Auflösung des Nationalrates ernst gemeint. Es war unser redlicher Wille, eine Zusammensetzung des Hauses herbeizuführen, welche nach allgemeiner Ansicht der Stimmung der Bevölkerung entsprechen sollte. Diese unsere redliche Absicht ist schon in dem Moment zunichte geworden, als man die Behandlung des Antrages im Verfassungsausschuß vertagte. Denn wir waren uns darüber klar, daß Neuwahlen zum Nationalrat nur noch im Monat Juni möglich waren, und ein Termin im Juli oder gar im August kam selbstverständlich auch für uns nicht in Frage. Nach der Vertagung im Verfassungsausschuß kam dann die Regierungsdemission, also eine weitere Verzögerung, und es war ganz klar, daß der ursprünglich praktische Antrag durch all diese Ereignisse lediglich auf das theoretische Gebiet übergeleitet wurde. Es war daher ebenso selbstverständlich, daß wir, die wir ja im Interesse der Volkswirtschaft Wahlen im Juli oder August unter gar keinen Umständen mitmachen konnten, dann einen Vermittlungsantrag stellen mußten, der Nationalrat solle sich auflösen und, da jetzt keine Gelegenheit dazu ist, selbst im Herbst die Initiative ergreifen und einen Tag für die Neuwahlen bestimmen. Es besteht daher für uns auch im Bundesrat kein Anlaß, gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates irgendeinen Einspruch zu erheben.

Anderes verhält es sich aber mit der gegenwärtigen Staats- und Regierungskrise. Da muß ich schon sagen, daß es mir eigenartig dünkt, daß die zweite Körperschaft in unserem Staate sich eigentlich von all diesen Ereignissen fernhält und ihnen tatenlos zusieht. Wie ich speziell über die Institution des Bundesrates denke, das habe ich wiederholt in Wort und Schrift niedergelegt und auch zu wiederholten Malen von der Tribüne des Nationalrates aus verkündet. Ich halte die gegenwärtige Institution des Bundesrates, der lediglich ein Einspruchsrecht hat und sonst eine Einflußnahme auf die Geschicke des Staates nicht ausüben kann, für nicht entsprechend. Aber wir haben keinen Anlaß, von den wenigen geringfügigen Rechten, die uns im Bundesrate zur

Verfügung stehen, ebenfalls keinen Gebrauch zu machen. Wir sind der Meinung, daß in dieser ungeheuren Notzeit, wir sind des Glaubens, daß in einer so schweren Krise, nicht nur der Regierung, sondern des ganzen Staates, die zweite Körperschaft nicht abseits stehen darf.

Daher möchte ich mir die Anfrage an den Herrn Vorsitzenden erlauben, ob er zu dem Herrn Bundespräsidenten berufen wurde, um ihn über die Stimmung und Meinung des Bundesrates zu informieren, und es würde mich außerordentlich interessieren, zu erfahren, welche Meinung der Herr Vorsitzende als die des Bundesrates zur Lösung dieser Staatskrise zum Ausdruck gebracht hat.

Der Bundesrat ist nun einmal da, und man mag darüber höhnen, schimpfen und schreien, soviel man will, er ist legal, er ist vollständig gesetzmäßig hier. Wenn er aber einmal da ist, dann hat er nicht nur Rechte auszuüben, wenn sie auch verschwindend klein sind, sondern den Rechten stehen auch gewisse Pflichten gegenüber. In einer Situation, in der wir uns jetzt befinden, muß auch der Bundesrat seine Pflichten voll erfüllen und das Seine dazu beitragen, endlich einmal eine Staatsregierung zu schaffen, die den ernststen Willen hat, in allerletzter Stunde — ich möchte sagen —, in allerletzter Minute das Staatsruder zu ergreifen, das sinkende Schiff vor dem Untergang zu bewahren. Wir halten dafür, daß auch der Bundesrat seine Pflicht erfüllen muß und an der Lösung dieser Staatskrise mitarbeiten soll.

Ing. Tanzmeister: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich erlaube mir, den Standpunkt des Heimatschutzes zum vorliegenden Gesetze bekanntzugeben. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkte der unverzüglichen Auflösung des Nationalrates, und begründen denselben damit, daß wir überzeugt sind, dadurch dem Willen der breiten Massen des Volkes entsprechen zu können. Wir haben gar keine Veranlassung, noch einen Glauben in diese Form des Parlamentarismus setzen zu können. Gerade er war es ja, welcher uns dorthin gebracht hat, wo wir heute stehen. Ich habe von dieser Stelle aus wiederholt, aber leider vergeblich, auf die Unzulässigkeit dieses parlamentarisch-demokratischen Systems hingewiesen, aber die letzten Wahlen haben gezeigt, daß die Radikalisierung des österreichischen Volkes einen unbestrittenen Fortschritt genommen hat. Warum hat die Radikalisierung solche Fortschritte genommen? Weil das Volk mit dem derzeitigen Regierungssystem nicht mehr zufrieden ist. Diese Regierung der Mitte, ohne Kern und ohne Mark, ist vielfach Schuld an unserem wirtschaftlichen Niedergang. *(Zwischenrufe links.)* Sie, meine Herren von der Linken, haben das Nötige zur Volkserwiesung beigetragen, und die stets nachgebige

bürgerliche Mitte hat Ihnen den Weg dazu vorbereitet. (*Zwischenrufe links.*) Sie glauben wohl, meine Herren, daß Ihnen jetzt wieder der Ramm schwellen kann; da werden Sie sich aber ganz gewaltig täuschen.

Wenn jetzt das Wort „Hahnen Schwanz“ gefallen ist, so werden Sie sich auch täuschen, wenn Sie meinen, daß der Hahnen Schwanz Ihren Spott nicht vertragen kann. (*Zwischenrufe links.*) Gehen Sie nur hinaus in die Industriegebiete und sehen Sie sich dort die Radikalisierung an! (*Rufe links: Donawitz!*) Donawitz gibt Ihnen in diesen Tagen wieder ein Beispiel von der Verheerung der Arbeiter durch die roten Bongen. Mit diesen roten Gewaltmethoden muß aufgeräumt werden und dazu brauchen wir eine starke Regierung. Es ist daher unser fester Wille (*Zwischenrufe links*), diesen Nationalrat unverzüglich aufzulösen, weil er der Volksmeinung nicht mehr entspricht.

Wir sind dafür, daß eine neue Regierung, eine wirkliche Rechtsregierung, gebildet werde, eine Regierung mit diktatorischen Vollmachten, welche über alle Weichheit hinweggeht und vor allem keine Angst vor dem Bolschewismus hat. Nur eine solche Regierung kann unser Volk wirtschaftlich wieder hoch bringen, nicht aber eine Regierung der Gleichheit und der Pöckerei, welche ständig nach links schießt. (*Zwischenrufe links.*) Daher stehen wir auf dem Standpunkte, daß die Auflösungsfrage nicht die primäre Frage ist, daß es vielmehr darauf ankommt, eine Regierung zu ernennen, welche den Mut und auch den Willen hat, die wirtschaftlichen Forderungen der breiten Massen: unserer Arbeiter, Bauern und des Handels reslos durchzusetzen. Daher, meine Herren, wiederhole ich es, daß wir uns mit einer Regierung der Mitte nicht einverstanden erklären können.

Ich erkläre Ihnen hier als Vertreter der Steiermark — und Sie haben es ja gerade aus den letzten Berichten erfahren —, daß der Radikalismus, daß die Linie zum Faschismus, zu jener Staatsform, die uns allein aus dem Sumpf herausbringen kann, die einzig mögliche ist, um auch Ihnen einmal, meine Herren von der Linken, das Handwerk legen zu können. (*Lachen links.*) Sie lachen heute, aber Sie werden immer weniger lachen, und ich bin vollkommen überzeugt, daß Sie hier in diesen Bänken immer mehr zusammenrücken werden. (*Zwischenrufe links.*) Meine Herren, Sie haben schon oft gespöttelt, und ich erinnere nur an die Ausführungen des ehemaligen Bundesrates Zangel, der gemeint hat, daß der Faschismus ein System wäre, welches im Blut waret. Genau so hat Herr Bundesrat Zangel sich ausgedrückt. (*Zwischenrufe links.*) Und was haben Ihnen die letzten Wahlen gezeigt? Daß die schaffenden Menschen mit dieser Volksvertretung nicht mehr zufrieden sind, daß sie endlich von ihr

erlöst sein wollen. Das Volk erwartet eine solche Lösung, welche uns allein zum Ziele führen kann, und das ist weder eine leichte Mitte noch der Bolschewismus, sondern einzig und allein eine radikale Rechtsregierung, ausgestattet mit diktatorischen Vollmachten (*Zwischenrufe links*), welche auch den Mut besitzt, Ihnen die Faust und die Stirn zu bieten. (*Lebhafte Zwischenrufe links.* — *Ruf: Hoch die Alpine!*)

Vorsitzender: Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen. (*Anhaltende Zwischenrufe links.*) Ich bitte nochmals, den Redner nicht zu unterbrechen.

Satzmeister (*fortfahrend*): Sie können sich Ihre Zwischenrufe ersparen, Herr Klein, Ihnen werden bestimmt wenig Arbeiter nachlaufen, dessen können Sie versichert sein. (*Lebhafte Zwischenrufe links.*)

Meine Herren, wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß es, solange nicht ein festes Programm eines ausgesprochen radikalen faschistischen Rechtskurses besteht, ganz zwecklos ist, hier überhaupt noch Regierungen hinaufzusetzen, weil sie nicht die Macht und nicht die Kraft haben, weil sie weltfern sind, überschattet von der Kultur des Ostens und durchtränkt vom Liberalismus des Westens. Solange wir das Volk nicht reinigen von diesen Einflüssen, solange können wir wählen, wen wir wollen, solange können wir hinaufsetzen, wen wir wollen: wir werden nie und nimmer zum Ziele kommen, zum Ziel einer wirklich nationalen Wirtschaft.

Und gibt es denn einen geeigneteren Zeitpunkt, meine Herren, dieses System zu beleuchten, als den heutigen Tag? Während draußen die Bauern vor der Mahd stehen und nicht wissen, wie sie den Herbst verbringen werden, während die Schächte allmählich stillstehen, während der letzte Hochofen in Donawitz ausgeblasen wird (*Zwischenrufe links*), hat man in Wien nichts anderes zu tun, als wochenlang nach einer Regierung zu suchen. (*Lebhafte Zwischenrufe links.*) Das ist falsch, meine Herren. Wir vom steirischen Heimatschutz sagen: Alle diese Regierungen nutzen uns nichts, solange sie nicht mit diktatorischen Vollmachten ausgerüstet sind, solange sie sich nicht auf einen Mann stützen können, der die Fähigkeit und der den Mut hat, gegen Sie als die Verderber der Wirtschaft, aufzutreten. (*Rufe links: Köpfe rollen!*) Wir wollen uns hier nicht mit dem Rollen der Köpfe unterhalten, weil wir glauben, Wichtigeres zu tun zu haben. Ich möchte Sie, meine Herren, durch meine Rede nun noch einmal zum Nachdenken bringen. Es ist sehr merkwürdig, daß man die Auflösung des Hauses wiederum um einige Monate hinauschieben und daß man das Prüfungsweesen, welches sich hier so breitmacht, weiter „strecken“ will, anstatt daß Sie den Mut aufbrächten und jenen Platz

1814

176. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich am 20. Mai 1932.

machen würden, von denen sich das Volk mehr verspricht. Solange man nicht die Berufspolitiker, welche heute das Parlament füllen, aus diesem Hause hinausbringt — und zu den Berufspolitikern hat nun einmal das Volk kein Vertrauen mehr —, insolange wird uns keine Regierung helfen. Wir Steirer sagen nochmals: Es ist zwecklos bei einer so großen Not wochenlang um eine Regierung herumzustreiten, die ohnehin wiederum vom Herbstwind hinweggeblasen werden wird, weil sie sich auf Grund dieses parlamentarisch-demokratischen Systems nicht halten kann. *(Lebhafter Widerspruch links.)* Es ist dies ein System der Lüge und der Korruption.

Man mag über den Bundesrat, wie der Herr Vorredner gemeint hat, denken, wie man will: Wenn er vor der Öffentlichkeit in irgendeiner Weise hervortreten will, dann müssen Sie sich mit dem Gedanken abfinden, daß wir nur durch einen radikalen Ruck nach rechts unser Volk aus Not und Elend herausreißen können. Es wird sich nur eine Regierung halten, welche sich auf den Standpunkt einer strengen Wirtschaftsdiktatur stellt, auf den klaren Standpunkt eines absolut rotgegnerschen, antibolschewistischen Prinzips. Wir müssen den Mut aufbringen, das zu sagen, mag da kommen, wer will: ohne dem ist nichts zu holen und nichts zu wollen. Wir müssen es einmal klar heraus sagen, daß wir nur mit den radikalen Methoden des aufbauenden nationalen Faschismus, welcher einmal all das ausräuchert, was Parteipolitik heißt, und welcher ehrlichen deutschen Menschen hier Platz schafft, die Wirtschaft wieder aufwärts bringen können. Sie mögen darüber denken, wie Sie wollen: ein anderes Heilmittel gibt es nicht mehr zur Rettung unserer sterbenden Wirtschaft.

Daher wiederhole ich, daß für uns die Auflösung des Nationalrates, so sehr wir sie heute wünschen und auch nicht zu fürchten haben, eine sekundäre Frage ist. Der Gedanke des ehrlichen, bodenständigen deutschen Heimatschutzes, dieser Gedanke, welcher das ganze Volk erfaßt hat, läßt sich nicht mehr ausrotten. Sie müssen mit diesem Faktor in Österreich rechnen. Sie haben es bei der Regierungsbildung hier gesehen, daß man über den österreichischen Heimatschutz nicht mehr hinwegkommt *(Gedächtnis links)*, und es ist nicht zu übersehen, daß gerade der Heimatschutz es sein wird, welcher Ihnen, meine Herren Sozialdemokraten, die Stirn bieten wird. *(Zwischenrufe links.)* Freuen Sie sich nicht zu früh! Für Sie ist der Heimatschutz heute noch das einzige, was Sie fürchten, wenn Sie es auch nicht zugeben wollen. *(Lebhafte Zwischenrufe links.)* Das möchte ich Ihnen zum Schluß gesagt haben. Glauben Sie nicht, daß Sie diesen Gedanken noch ausrotten können, der zur Volksreligion geworden ist.

Daher sagen wir Ihnen: Bemühen Sie sich nicht weiter. *(Zwischenrufe links.)* Wenn Sie eine

Rettung unseres gequälten, im Elend stehenden Vaterlandes wünschen, dann führt nur ein Weg heraus aus dem Elend, das ist der Weg nach rechts, der Weg der nationalen Wirtschaftsdiktatur, der Weg, den Ihnen der österreichische Heimatschutz noch einmal vorschreiben wird.

Emmerling: Hoher Bundesrat! Heute vollzieht sich der Komödie zweiter Teil, und der Herr Tanzmeister spielt in diesem Akte die lustige, die komische Figur. *(Sehr richtig links!)* Nach diesen seinen Ausführungen muß man ihm wohl jeden Ernst absprechen, denn in einer Zeit, in der im Volke solche Not herrscht, derartige Phrasen vorzubringen, zeigt nur zu deutlich, wie leichtfertig er überhaupt seine ganze Funktion nimmt.

Wir haben schon im Frühling dieses Jahres, als die Regierung Buresch keine Mehrheit hatte, der Mehrheit des Hauses angeraten, es aufzulösen. Man hat diesem Wunsche nicht Rechnung getragen, man glaubte, mit einer Minderheitsregierung das Auskommen finden zu können. In einem demokratischen Staate und erst recht in einer demokratischen Republik soll die Nationalvertretung doch der Ausdruck der Willensmeinung des Volkes sein, und die Regierung soll die Mehrheit haben und aus der Mehrheit gebildet werden. Wenn sie keine Mehrheit hat, hat sie zu gehen. Die österreichischen Regierungen sind zwar schon des öfteren bei Anträgen, die Amtsurfragen betrafen, in der Minderheit geblieben und haben sich darum nicht gekümmert. Sie stützten sich eben nicht auf die demokratischen und parlamentarischen Gepflogenheiten und glaubten, bleiben zu können, solange sie wollen. Dieses den Wünschen des Volkes nicht Rechnung tragen hat ja so weit geführt, daß die Regierung bei den Aprilwahlen feststellen mußte, daß ihre eigenen Wähler anderer Meinung geworden sind und daß diese Regierung nunmehr nicht bloß von links, von den im jedem parlamentarischen Körper vorhandenen Oppositionsparteien, sondern auch von rechts angegriffen wurde. Diese Regierung hätte schon längst abzutreten, und dieses Haus hätte sich schon längst auflösen gehabt, und wenn sie unserem Räte gefolgt wären, dann hätten wir im April, wo ohnehin drei Viertel der österreichischen Wähler zur Urne schritten, längst die Wahlen erledigt, hätten ein Haus, das der Mehrheit des Volkes entspricht, und Sie hätten eine verhandlungsfähige Regierung. Welch unwürdiger, trauriger Zustand ist es, wenn heute über unser Schicksal in Genf, Lausanne oder sonst irgendwo verhandelt wird und die Menschen, die da ein entscheidendes Wort über uns zu reden haben, sich sagen müssen: in diesem Österreich ist ja ein Auflösungs- und Zerlegungsprozeß der alten bürgerlichen Parteien zu vergehen! Glauben Sie nicht, meine Herren, daß sie es nicht wissen, glauben Sie nicht, daß die das

nicht auch mit in Rechnung setzen, wenn über Österreich verhandelt wird! Darum haben wir schon im Frühjahr verlangt: Auflösung, klare Verhältnisse schaffen, damit wir eine verhandlungsfähige Regierung haben!

Die Regierungskrise ist ja ein sichtbarer Ausdruck für diesen Zerfallsprozeß. Wochenlang suchen Sie nach einer Regierung. Wir sehen hier aber noch immer leere Plätze. Nichts wäre natürlicher, als daß die Regierung hier wäre und zu diesem Antrag Stellung nehmen würde, nichts wäre natürlicher, als daß wir hier auch die Verantwortlichen dieser Regierung vor uns hätten. Wir haben aber gar keine mehr; denn die es waren, haben heute nichts mehr zu sagen, und die sich um eine Regierung bemühen, können wir noch gar nicht verantwortlich machen.

Dieser Auflösungs- und Zerfallsprozeß hat am 24. April gezeigt, daß er Formen angenommen hat, die jeden Demokraten verpflichten, dafür Sorge zu tragen, daß die wahre Meinung des Volkes in einer Volksvertretung zum Ausdruck komme. Der Wille des Volkes, meine Herren, und nicht die Ernennung einer Regierung, nicht wie Herr Tanzmeister sagt: es muß eine starke Hand, eine starke Regierung ernannt werden, eine Rechtsregierung. Er vergißt ja ganz, daß in diesem Staate nahezu die Hälfte der Wähler Sozialdemokraten sind, er vergißt ganz, daß zu diesen Sozialdemokraten noch alle jene zu zählen sind, die für eine demokratische Republik eintreten und nicht für irgendeinen Faschistenstaat. Wenn er davon spricht, daß wir es noch zu spüren haben werden und daß wir im Bundesrat zusammenzurücken haben — nun, in der allernächsten Zeit wird von einem Zusammenrücken der Sozialdemokraten in diesem Bundesrat nichts zu bemerken sein. Es werden sich andere Parteien bequemen müssen, ihre Tätigkeit in diesem hohen Hause auf einem kleineren Raume ausüben zu müssen.

Bundesrat Tanzmeister spricht von dem „hehren Gedanken“ des Heimatschutzes. Seine Partei vertritt zwar die Meinung, daß jede parlamentarische Tätigkeit abzulehnen ist, während wir in den letzten Tagen gesehen haben, wie Sie sich unausgesetzt bemüht und Ihre Forderungen gestellt haben, damit Sie in die Regierung kommen oder eine entsprechende Berücksichtigung in der Regierung finden. Wenn er von Heimatschutz, von der Heimwehr spricht, daß diese einen so entscheidenden Einfluß auf das politische Leben unseres Staates ausüben können, so glaube ich nach den Ereignissen der letzten Zeit, daß Sie einigermaßen Schwierigkeiten in Ihrem eigenen Lager aufzuweisen haben. Ich will jetzt nicht von den Veränderungen sprechen, die Sie in Ihrer Leitung haben. Denn es dürften Ihnen nicht allein Wechsel in der Leitung des Heimatschutzverbandes Schwierigkeiten machen, sondern es sind auch noch andere Wechsel, die Ihnen das Leben etwas sauer

gemacht haben. Es wirkt grotesk, wenn er von Österreichern und östjüdischem Einfluß spricht, der bekämpft werden müsse, aber das Geld der Juden in der Heimwehrführung eine große Rolle spielt.

Im übrigen aber drückt sich in all den Ausführungen, auch in denen des Kollegen Altman, nur die Angst vor den Wahlen aus. (*Widerspruch Tanzmeister.*) Wenn das Gegenteil der Fall ist, Herr Kollege, so hätte die Möglichkeit bestanden, die sozialdemokratischen Anträge durchzubringen. Wir würden jetzt schon in wenigen Wochen — man kann die Fristen abkürzen, und wenn es anders wo möglich ist, muß es auch bei uns möglich sein — wir würden schon in wenigen Wochen wieder eine parlamentarische Ordnung haben. Wie sehr wir diese Ordnung brauchen, bedarf nicht erst einer ausführlichen Begründung. Man muß nur sehen, was für Störungen sich in unserem Wirtschaftsleben Tag für Tag zeigen. Wenn der Herr Bundesrat Tanzmeister von der Gewaltpolitik und von all den Methoden spricht, nach denen er zu regieren wünscht oder glaubt, daß Österreich regiert werden kann, so kann man nur sagen, daß diese Duzende von Arbeitermorden auf das Konto des faschistischen Regimes (*Beifall links*), der Methoden zu setzen sind, die der Hahnenstanz in Österreich eingeführt hat. „Donawitz“ — wurde ihm zugerufen. Das ist nicht irgendeine politische Angelegenheit, das ist der Ausdruck der wirtschaftlichen Not, in der wir uns befinden und die nicht in letzter Linie deshalb so arg ist, weil wir bisher unfähige Regierungen gehabt haben, die nicht imstande waren, das Notwendige auf diesem Gebiete zu tun. Und all das, was hier an Not und Elend zu verzeichnen ist, fällt mithin auch der bürgerlichen Verwaltung zur Last.

Die Angst vor den Wahlen war es, die Sie hinderte, die Anträge der Sozialdemokraten anzunehmen. Ich stimme dem Herrn Berichterstatter bei, wenn er sagt, daß wir uns in die Angelegenheiten des Nationalrates in Fällen, wie diesen, wo es sich um seine Auflösung handelt, nicht einzumengen haben. Auch der formale Grund, aus dem dieses Gesetz in den Bundesrat kam, kann uns von dieser Auffassung nicht abbringen.

Gerade in dieser Zeit muß man immer und immer wieder damit rechnen, daß die Menschen ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck bringen. Begreiflicherweise! Alle Schichten der Bevölkerung sind unzufrieden. Alle sind unzufrieden mit dem System. Es ist das Versagen des bürgerlichen Systems, das zum Ausdruck kommt sowohl in der Wirtschaftskrise (*Beifall links*) als auch in all diesen politischen Unannehmlichkeiten, die wir jetzt in Österreich zu verzeichnen haben. (*Zwischenruf Tanzmeister.*) Wir stehen auf dem Standpunkt der demokratischen Republik, dieser Verfassung, die in einem ihrer Sätze sagt, daß das Volk einen entscheidenden

1816

176. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich am 20. Mai 1932.

Einfluß ausüben und selbst seine Geschicke in die Hand zu nehmen hat. Das kann nur durch ein Parlament, durch gesetzgebende Körperschaften geschehen. Wir lehnen jede Gewaltpolitik ab. Diese Gewaltpolitik ist nur in einem Staate möglich gewesen, in dem sich die Regierung selbst nicht zu jenen demokratischen Grundsätzen bekannt hat. *(Beifall links.)* Nur so sind Äußerungen möglich gewesen, wie wir sie in der letzten Zeit wieder gehört haben, als zum Beispiel einer Ihrer Leute zur Regierungsbildung Stellung genommen und erklärt hat, nur mit Gewalt und mit den Bajonetten werde diese Frage entschieden werden. In einem Staate, in dem das Recht derart verletzt wurde, wie wir es nach dem Putsch erleben mußten, den Sie veranstaltet haben, in einem Staate, wo man so mit der Gewalt liebäugelt, wird und muß naturgemäß eine Radikalisierung der Massen eintreten.

Wir haben aber die Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß jenes Gefühl der Zusammengehörigkeit des Volksganzen nicht zerstört wird, damit wir endlich einmal auch in diesem Staate eine Regierung haben, die der Ausdruck der Mehrheit des Volkes ist, eine Regierung, die verhandlungsfähig ist und uns das bringen kann, was wir alle brauchen, Befriedigung und Befreiung aus wirtschaftlicher Not. Ich will nicht sagen, daß es möglich ist, von heute auf morgen in bessere Verhältnisse zu kommen, aber was möglich ist, muß versucht werden. Das kann aber nur von einer Regierung geschehen, die sich

auf den Nationalrat stützen kann, das kann nie von einer Regierung geschehen, die Angst vor den Wählern hat, die sich nicht vor das Volk zu treten und zu sagen getraut, ich bitte, entscheide noch einmal, wenn du glaubst, anderer Meinung sein zu müssen, wir beugen uns vor dem Volkswillen. Sie hätten die Möglichkeit dazu gehabt, Sie haben es aber unterlassen. Sie haben im Nationalrat eine Komödie gespielt, und Sie spielen hier den zweiten Teil dieser Komödie. *(Beifall links.)*

Damit ist die Aussprache beendet.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Vorsitzender: Bevor ich die Sitzung schließe, möchte ich auf die Ausführungen des Herrn Bundesrates Klimann antworten. Ich stelle fest, daß der Herr Bundespräsident bei jeder Regierungskrise Gelegenheit genommen hat, den Vorsitzenden des Bundesrates, beziehungsweise seinen Stellvertreter zu einer Aussprache über die jeweiligen politischen Fragen zu berufen. Auch bei dieser Krise ist zu erwarten, daß der Herr Bundespräsident, bevor die Entscheidung gefällt wird, diese Berufung auch wieder tätigen wird. Ich bitte den Herrn Bundesrat Klimann und den gesamten Bundesrat, diese Mitteilung zur Kenntnis zu nehmen.

Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege einberufen werden.

Schluß der Sitzung: 12 Uhr 50 Min. mittags.